

# Kommunistische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Berlin, 15. März 1928  
 Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42  
 Buchhandl. I. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13  
 Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifenhand durch die Post monatlich 1,50 Mark, zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal.  
 Inserate werden nicht angenommen.

folglich wächst, so ist nur zu bemerken, daß die Krise jedesmal gerade vorbereitet werden, durch eine Periode, in der die Arbeiterklasse relativ allgemein steigt und die Arbeiterklasse relativ allgemein sinkt und die Arbeiterklasse relativ allgemein sinkt und die Arbeiterklasse relativ allgemein steigt. ...

Hier hat Marx die Krisentheorie der Sozialdemokratie charakterisiert, die in der Erhöhung der Löhne ein Mittel zur Überwindung der Krise sieht. Wir sehen also, daß wir von Rosa Luxemburg zurückkehren müssen und wir müssen nun das Problem zu Leibe gehen. ...

So mußte sich von Anfang an zwischen der kapitalistischen Produktion und ihrem nichtkapitalistischen Milieu ein Austauschverhältnis entwickeln, bei dem das Kapital sowohl die Möglichkeit fand, den eigenen Mehrwert für Zwecke weiterer Kapitalisierung in blanken Geld zu realisieren, als sich mit allerlei nützlichen Waren zur Ausdehnung der eigenen Produktion und zur Gewinnsteigerung zu bedienen. ...

Durch diesen Prozeß bereitet das Kapital aber in zweifacher Weise seinen Untergang vor, in dem es einerseits die Produktion auf Kosten aller nichtkapitalistischen Produktionen in der Welt ausdehnt, um sie schließlich in der Welt zu verankern, und andererseits die Produktion auf Kosten aller nichtkapitalistischen Produktionen in der Welt zu verankern, und andererseits die Produktion auf Kosten aller nichtkapitalistischen Produktionen in der Welt zu verankern. ...

Wenn die kapitalistische Produktion für sich selbst einen genügenden Absatzmarkt bildet, dann ist die kapitalistische Produktion (objektiv) ein geschlossenes System. ...

Die Sozialdemokratie, die Krise zu erklären versucht, indem sie die mangelnde Kaufkraft der Arbeiterklasse als die Ursache, und die Erhöhung der Löhne als ein Mittel zur Milderung und zuletzt der Verhütung von Krisen hinstellt. ...

Der Genosse Truksaitz von der „Opposition“ hat selbst folgende Rede gehalten am Beginn seiner Ausführung wörtlich geäußert: „Wir gehen zu, daß Schmidt ein Streiker ist und nicht ganz koscher ist.“ ...

**Anträge zum Parteitag**  
 Ruhrgebiet.  
 1. Der Passus im Organisationsstatut II ist zu streichen und folgendes zu setzen: Der Parteitag bestimmt die Anzahl der Mitglieder zum GHA. ...

**Die neue Sachlage**  
 In der ersten Nummer der AAU-„Opposition“ findet sich wieder eine „Ankündigung“ von zirka einer Seite. ...

**Organisatorische Mitteilungen**  
 Achtung Ruhrgebiet!  
 Folgende Ortsgruppen müssen die Presselondsammlungen in den Bezirk abschicken: Essen, Bochum und Duisburg. ...

**Stettin.**  
 Freitag, den 16. März, abends 7.30 Uhr.  
 Öffentliche Versammlung im Lokal Stark, Glebestraße 49. ...

**Die „Abrüster“.**  
 Gest. 13. März. Die russische Delegation für die vorläufige Abrüstungskommission, deren Tagung am Donnerstag, den 12. März, in Berlin eingeleitet wurde. ...

**Groß-Berlin.**  
 Kranzniederlegung an den Gräbern der Märzgefallenen findet am Sonntag, den 18. März, statt. ...

Der Genosse Truksaitz von der „Opposition“ hat selbst folgende Rede gehalten am Beginn seiner Ausführung wörtlich geäußert: „Wir gehen zu, daß Schmidt ein Streiker ist und nicht ganz koscher ist.“ ...

**Anträge zum Parteitag**  
 Ruhrgebiet.  
 1. Der Passus im Organisationsstatut II ist zu streichen und folgendes zu setzen: Der Parteitag bestimmt die Anzahl der Mitglieder zum GHA. ...

**Die neue Sachlage**  
 In der ersten Nummer der AAU-„Opposition“ findet sich wieder eine „Ankündigung“ von zirka einer Seite. ...

**Organisatorische Mitteilungen**  
 Achtung Ruhrgebiet!  
 Folgende Ortsgruppen müssen die Presselondsammlungen in den Bezirk abschicken: Essen, Bochum und Duisburg. ...

**Stettin.**  
 Freitag, den 16. März, abends 7.30 Uhr.  
 Öffentliche Versammlung im Lokal Stark, Glebestraße 49. ...

**Die „Abrüster“.**  
 Gest. 13. März. Die russische Delegation für die vorläufige Abrüstungskommission, deren Tagung am Donnerstag, den 12. März, in Berlin eingeleitet wurde. ...

**Groß-Berlin.**  
 Kranzniederlegung an den Gräbern der Märzgefallenen findet am Sonntag, den 18. März, statt. ...

## Oesterreich „erwacht“

Wien, 12. März 1928.  
 Andere mögen Bündnisse schließen, da glückliches Oesterreich, führt ihnen den Krieg. So ärmlich kommt man die Aufgabe unterschreiben, die Oesterreich in der Geschichte des modernen Imperialismus zu erfüllen hat. ...

**Berichtigung!**  
 In dem Artikel „Tatsächlicher oder vermeintlicher Opportunismus — oder leichtfertige Unterstellungen?“ in Nr. 18 der „KAZ“ sind eine Menge von groben und sinnentstellenden Drucken und Korrekturfehlern enthalten. ...

**1. Absatz.** „Der holländische Genosse hat vergessen, nur noch eine „Tatsache“, nämlich was Remmele ist.“  
**2. Absatz.** „Die KAP würde dann aus zwei Teilen bestehen: einer Minderheit von Führern und einer Mehrheit von Anhängern von „Klatschenden“.“

**3. Absatz.** „Nicht auf Kosten der Aufgaben der Partei kann und darf das Verhältnis zwischen Führer und Masse geklärt werden, sondern nur.“

**Die revolutionäre Proletariat Oesterreichs** hoffen, daß die große Masse der deutschen und österreichischen Arbeiter reif sein wird, sich nicht in die Dreckgräben und vor die taschen des Weltimperialismus treiben zu lassen für Gott, Indenburg und das „Vaterland der Arbeiter“. ...

## „Im öffentlichen Interesse“

In der Tarifstreitigkeit zwischen dem Verband der Metallarbeiter E. V. und dem Deutschen Metallarbeiterverband wurde der Schlichterspruch vom 10. März 1928, der unter dem Vorsitz des Schlichters für den Bezirk Groß-Berlin gefällig geworden ist, gemäß Art. 1 § 6 der Verordnung über das Schlichtungswesen vom 30. Oktober 1923 von Amts wegen im öffentlichen Interesse für verbindlich erklärt.

Wir haben in voriger Nummer der „KAZ“ darauf hingewiesen, daß es für die Bourgeoisie ein leichtes ist, aus dem „Nichts“, daß angeblich der erste Schlichterspruch darstellte, etwas „konkretes“ zu machen. ...

Es ist so gekommen, wie es kommen mußte. Die Gewerkschaften waren sich darüber klar, daß der kleinste Arbeiter der Gesamtmetallindustrie auszusparen. ...

Was ist das? Sidirot! Die Leute werden dort gezwungen, die fremde Sprache zu lernen. Eine Sache, die der Professor Langenscheidt seit Jahrzehnten jedermann ant hat und die nichts so schreckliches hat, aber wenn der Imperialismus will, kann er auch daraus einen Weltkrieg machen! ...

Das Spiel ist aus. Den Gewerkschaften ist ein Stein vom Herzen gefallen. Nun kann die andere Gruppe darankommen, ausgehungert zu werden, damit die Bahn frei wird für verschärfte Ausbeutung im Interesse der deutschen Wirtschaft!

**Sie wintern Morgenluft!**  
 Essen, 13. März. In den heutigen Verhandlungen über das Mehrarbeitsverbot zwischen dem Zechenverband und dem Bergarbeiterverband machten die Vertreter des Zechenverbandes den Vorschlag, nicht nur das zum 20. April von den Gewerkschaften geforderte Mehrarbeitsverbot weiter in Geltung zu belassen, sondern darüber hinaus die Arbeitszeit um eine halbe Stunde von 8 auf 8 1/2 Stunden am Tage zu verlängern. ...

Die Metallarbeiter dadurch herbeiführen würden, wenn sie gegen den verbindlich erklärten Schlichterspruch weiter streikten. Im Falle der Zuspitzung der Bewegung in Berlin parallel mit der in Mitteldeutschland, wäre der Generalstreik infolge der Generalausperrung unvermeidlich gewesen. ...

Sie haben ihre Front zerreißten, können erst in Mitteldeutschland, im „Interesse der öffentlichen Sicherheit“ in die Frontstärken zurückgekehrt, um die Hände frei zu bekommen, in Berlin fertig zu werden. ...

Es verlohnt sich nicht, über den „Schlichterspruch“ selbst zu reden. Er soll in durch Verhandlungen über einen Tarifvertrag erst richtige Form bekommen. ...

Die KAPD hat von Anfang an die klare Linie des Weges, die beschriften werden muß, aufgezeigt. Die Gewerkschaften und ihre Nutznießer brauchen die öffentliche Sicherheit der uneingeschränkten Ausbeutung. ...

Wenn auch der Streik der Berliner Werkzeugmacher, wie schon erwähnt, keine Abweichung von der gewerkschaftlichen Linie war, so trat denn doch hier die Rolle der Gewerkschaften mit einer Deutlichkeit hervor, die vom revolutionären Standpunkt nur zu begrüßen ist. ...

Nach mehrstündiger Debatte wurden die Verhandlungen auf Dienstag, den 20. März, vertagt, da eine „Einigung“ nicht zu erzielen war. Zu diesen Verhandlungen wird der Schlichter hinzugezogen werden. ...







Durch diesen sich immer schneller wiederholenden, unter immer katastrophalen Bedingungen sich wiederholenden Krisen steigert sich der soziale Druck auf die Arbeiterklasse, und ruft so den Gedanken hervor, die Rationalisierung mit ihrer Arbeitsteilung hebt in dem Tempo ihrer Vervollkommnung die Lohnunterschiede immer mehr an, die durch die mögliche Wanderung der Arbeiter in die verschiedenen Produktionszweige verlagert werden auch hier den „Durchschnittslohn“.

Der monopolistische Kapitalismus wird zum „machtvollsten Kriegsinstrument“ des Kapitals gegen das Proletariat. Das Kapital sucht den Fall der Profitrate aufzuhalten und diese zu erhöhen durch gesteigerte Ausbeutung. Das Proletariat muß sein Kriegsinstrument, seine Taktik und Organisation den veränderten Bedingungen anpassen. Die Massenaktion ist also nicht nur eine Erweiterung der Kampfbasis, sondern ihr Wesen ist im Gegensatz des Nur-Kampfes um höheren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen revolutionär, das heißt, sie ist in ihrer Grundtendenz gegen den Kapitalismus selbst gerichtet.

**Aufträge und Resolutionen**  
**Groß-Hamburg.**  
Aus Hamburg erhalten wir folgende Anträge. Wie aus von Genossen der KAP. Groß-Hamburg mitgeteilt wird, waren in der betreffenden Versammlung vier Genossen anwesend, wovon drei für diese Anträge stimmten. Auf die Anträge selbst, die neben Verdrehungen direkte Unwahrheiten enthalten, kommen wir noch zurück.

**Vorbereitung des Parteitag.**  
Die Ortsgruppe Hamburg erachtet als notwendig, daß jedem Parteigenossen ohne jegliche Beschränkung die Presse zur Diskussion über die Aufgaben der Partei offen steht.  
Das gleiche gilt für ausländische Genossen. Wir fordern sofortigen Abdruck alles diesbezüglichen bereits vorliegenden Materials. Die Pressekommision wird ersucht, für Durchführung der Diskussion unter Ausschaltung aller persönlichen Zänkereien Sorge zu tragen.

**Berichterstattung vom Parteitag.**  
Der Parteitag beschließt eingehende und nach Möglichkeit protokollarische Berichterstattung von seiner Tagung. Die Berichterstattung soll nicht wochenlang hinausgeschoben und in großen Abständen erfolgen, sondern so gehandhabt werden, daß besonderer Raum in der Presse zur Verfügung gestellt wird, und das vorliegende Material in kurzer Zeit bewältigt ist.

**Zu 1: Die Lage in der Partei.**  
Angeichts der seit der Liquidierung der „Entschieden Linken“ in der Partei entstandenen Differenzen hält der Parteitag sich verpflichtet, in 3 Punkten nochmals die Linie der KAP. festzustellen.

**I. Bürgerliche Demokratie.**  
Die KAP ist antiparlamentarisch, weil der monopolistische Kapitalismus mit der Organisation der Wirtschaft auch die Bedingungen des Klassenkampfes gewandelt hat. Der Parlamentarismus war stets ein bürgerliches Herrschaftsinstrument, das schon von früh auf die revolutionäre Kraft der besitzlosen Masse zurückdrängte. Die genauen Vorkämpfer der Arbeiterklasse darauf hingewiesen, daß der Parlamentarismus die Aufgabe des prinzipiellen Machtkampfes gegen die bürgerliche Gesellschaft bedeutet, daß er die Führer korumpiert, indem er sie von den Massen trennt und den aktiven Massenwillen bricht, der eine elementare Voraussetzung der Arbeiterbewegung ist.

**III. Der Weg zur Macht.**  
Die Auseinandersetzung um den Fall Schwarz begann in einer Sitzung, wo die Partei eben erst im Begriff war, ihre aus jahrzehntelanger Isolierung entstandene ideologische und organisatorische Erstarrung abzuwerfen, um aus dem Akt der Klassenkampfes heraus die Lösungen der Revolution zu verständlich festzustellen. Die Geschichte der Partei ist den ständigen Widerstand einziger ihrer Teile gegen das neue Gesicht der Taktik verständlich erscheinen, weil die Partei bis dahin nicht einmal theoretisch mit dem Essener Kathedronismus fertig geworden war.

**Groß-Berlin.**  
**Kranzniederlegung an den Gräbern der Märzgefallenen**  
am Sonntag, den 18. März, vormittags 9 Uhr.  
Die Genossen der KAP., AAU. und KAJ. treffen sich um 8 Uhr am Bahnhof Adlershof.  
Restlose Beteiligung erwarten:  
Die Arbeits-Ausschüsse.

**Halle.**  
Sonntag, den 18. März, 3 Uhr nachmittags  
Kranzniederlegung auf dem Gertrauden-Friedhof.

**Leipzig.**  
Freitag, den 16. März, 8 Uhr, öffentl. Versammlung im „Eiswerk“, Lindenau.  
„Die Klassenkämpfe der Gegenwart und die Lehren der Märzaktion.“

**Stettin.**  
Freitag, den 16. März, abends 7.30 Uhr.  
Öffentliche Versammlung im Lokal Stark, Geobertstraße 49.  
Thema:  
Warum gehen die Streiks unter gewerkschaftlicher Führung verloren?  
Prele Aussprache.  
Alle oppositionellen KPD- und RFB-Genossen sind herzlich eingeladen.  
Zur Deckung der Unkosten 20 Pf. Eintritt. Erwerblos 10 Pf.

**KAP. und AAU. Ortsgruppe Stettin.**  
Der KAP. identifiziert wird. Statt dessen wiederholt der Parteitag, daß die „Entschieden Linken“ die Entwicklung vom Partei nicht in der Stabilität und daß die Aufgabe der Fraktion, sondern in der Hilfe zur Überwindung aller Halbtendenzen bestand.  
In Erwägung, daß der letzte Zentralausschuß den sogenannten Fall Schwarz nicht zur Parteifrage machen wollte, und die Mandatsfrage keine Angelegenheit der Partei sein kann, die genannten Entartungen nicht entsprechend qualifiziert, beschließt der Parteitag diese Vorfälle vor der protokollarischen Öffentlichkeit als antikommunistisch zu bezeichnen und deutlich davon abzurücken. Die Partei steht vor der Wahl, das Reichsmandat von Schwarz als ihre politische Angelegenheit zu betrachten oder auch in dieser Frage ihre alle Linien des Antiparlamentarismus erneut zu bekräftigen. Im ersten Fall sind die genannten Entartungen durchaus folgerichtig und müssen sich über kurz oder lang als der Weg zum Sozialdemokratismus erweisen. Anders aber der Parteitag in dem Sinne abzurücken und das Verhältnis der Organisation zu Schwarz wie zu jedem anderen Außenstehenden von seiner jeweiligen Rolle und Handlungsweise abhängig machen. Der Parteitag wird dies um so mehr tun, als schon der letzte Zentralausschuß den Fall Schwarz nicht zur Parteifrage machen wollte und die Propaganda und die Lösungen der Partei sich nach dem 2A. bisher noch auf der alten Linie bewegten, daß es sich als ein Entleeren und Formulieren von Persönlichkeiten und Körperschaften handelte, vor deren Prestige die politischen Notwendigkeiten der Organisation nicht Halt machen können.

**II. Proletarische Demokratie.**  
Dem Parlamentarismus als politische Kampfmethodik entspricht eine bestimmte organisatorische Grundzüge der Arbeiterbewegung, die in der Diktatur des Führers über die Masse zum Ausdruck kommt. Wie die Beherrschung der Organisation durch den politischen Fachmann der Ausgangspunkt für den parlamentarischen, jede Variation in sich, muß diese Politik rückwärts wiederum auch die Umwidmung der Arbeiter in der eigenen Organisation verweigern.  
Der Parteitag bezeichnet die verschiedenen durch die Kontrollkommission festgestellten organisatorischen Uebergänge von Personen und Körperschaften in den Versuch, die Organisation zu bestimmten antiprotokollarischen Zwecken einzurufen. Vom Standpunkt der politischen Verteidigung des Reichsmandats in der Partei ist jede Variation in sich, muß diese Politik rückwärts wiederum auch die Umwidmung der Arbeiter in der eigenen Organisation verweigern.

**Postbezieher!**  
Von 17. bis 23. jeden Monats kommt der Briefträger, um das Zeitungsgeld in Höhe von Mark 1,42 abzuholen. Legt das zurecht, sonst geht die Bestellung als vorzeitig zurück und ihr bekommt keine KAZ!

durch Hinzuziehung der Berliner Versammlungsergebnisse über die Situation in der Organisation im Dunkel liegen.  
Diese Methode organisatorischer Schachzüge zur Durchsetzung politischer Auffassungen bezeichnet der Parteitag als Führerpolitik in allen Sinne. Er lehnt sie ab und fordert ungeschuldig politischer Meinungsverschiedenheiten proletarische Öffentlichkeit und Kameradschaft als die Eckpfeiler der revolutionären Organisation. Soweit die organisatorischen Uebergänge nicht festzustellen sind, weist der Parteitag sie ebenso wie ihre politische Kehrtseite zurück und beschließt weitere organisatorische Handhaben zu schaffen, um gegen derartige Vorkommnisse fernerhin gerüstet zu sein.

Wenn der Parteitag feststellt, daß dies idealistische Gespenst bis zur jüngsten Zeit in unserer Reihen spukt, und das die Reinigung von solch antiprotokollarischen Theorien länger je mehr die Lebensfrage der Partei ist, so bedauert er zugleich, daß der Fall Schwarz die in der Partei wirklich vorhandenen Meinungsverschiedenheiten auf eine falsche Form gellte, die eine restlose Klärung über die Grundlagen der Politik der Partei weiterhin erschwert. Der Parteitag spricht aus, daß der Organisationskampf von zwei Seiten her Gefahren drohen, die in der Bewegung verloren geht. In einer solchen Situation wird dann zwangsläufig jede Reaktion heraufbeschworen, die für Opportunismus als revolutionäres Prinzip ausbleibt und damit vor dem Klassenkampf die Flucht ergreift. Die Partei hat sich in diesem Augenblick darauf zu besinnen, daß proletarische Realpolitik schärfste Selbstkritik gegen opportunistische Entartung fordert. Andererseits aber darf die Liquidierung der gegenwärtigen Differenzen keinesfalls bedeuten, daß die Partei wieder dahin zurückgeworfen wird, wo die Ideologie der Erstarrung erneute Isolierung bedeutet, so daß alle Kämpfe seit dem Essener Parteitag umsonst gewesen sind, differenz abzuwandern.

Indem die Partei gegen beide Gefahren den Kampf aufnimmt, bekennet sie sich erneut zur Notwendigkeit des Eingreifens in die täglichen Arbeitskämpfe mit dem Ziel durch direkte Aktion die Schlichtungsgesetzlichkeit zu sprengen und innerhalb der Allgemeinen Arbeiter-Union zu wirken. Die Partei sagt allen sogenannten linken Strömungen im Proletariat die Wirtschaftskämpfe in Gegensatz zum Klassenkampf stellen, als Saboteuren der Revolution unerhittlichen Krieg an. Sie bekämpft die unhistorische, fatalistische Auffassung, die von gesellschaftlicher Entwicklung als blinder Notwendigkeit außerhalb menschlicher Betätigung spricht und will dafür wirken, daß die Partei wieder dahin zurückgeworfen wird, wo die Ideologie der Erstarrung erneute Isolierung bedeutet, so daß alle Kämpfe seit dem Essener Parteitag umsonst gewesen sind, differenz abzuwandern.

Indem die Partei gegen beide Gefahren den Kampf aufnimmt, bekennet sie sich erneut zur Notwendigkeit des Eingreifens in die täglichen Arbeitskämpfe mit dem Ziel durch direkte Aktion die Schlichtungsgesetzlichkeit zu sprengen und innerhalb der Allgemeinen Arbeiter-Union zu wirken. Die Partei sagt allen sogenannten linken Strömungen im Proletariat die Wirtschaftskämpfe in Gegensatz zum Klassenkampf stellen, als Saboteuren der Revolution unerhittlichen Krieg an. Sie bekämpft die unhistorische, fatalistische Auffassung, die von gesellschaftlicher Entwicklung als blinder Notwendigkeit außerhalb menschlicher Betätigung spricht und will dafür wirken, daß die Partei wieder dahin zurückgeworfen wird, wo die Ideologie der Erstarrung erneute Isolierung bedeutet, so daß alle Kämpfe seit dem Essener Parteitag umsonst gewesen sind, differenz abzuwandern.

**Organisatorische Mitteilungen**  
**AAU. Groß-Hamburg.**  
Am Montag, den 19. März, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal „Weiße Taube“, Schuß, Ecke Prinz-Eugen-Strasse. Sympathisierende sind eingeladen.  
Arbeits-Ausschuß.

**Chemnitz.**  
Öffentlicher Diskussionsabend  
am Sonntag, den 17. März, abends 8 Uhr, im Restaurant zum Luisenplatz. Thema: Die politische und wirtschaftliche Lage und die kommenden Wahlen. — Sympathisierende sind hierdurch eingeladen.

**Groß-Berlin.**  
Achtung! Bezirksleiter! Nächste Sitzung der Zentrale mit Berl. AA. und Referenten, am Dienstag, den 20. d. Mts., abends 8 Uhr, im Lokal: Auto-Taxe, Berlin SO 36, Luisenstr. Ecke Skalitzer Straße.  
(Tagesordnung siehe Arbeitsplan.)

**Kommunistische Arbeiter-Jugend Groß-Berlin.**  
Am Donnerstag, den 15. März, findet abends 20 Uhr im Lokal Bartsch, Berlin-Lichtenberg, Bahnhofsstr. 20, eine Funktionär-Versammlung statt. Unbedingt erscheinen müssen sämtliche Gruppenleiter, Kassierer und Pol-Leiter.  
Die Tagesordnung ist äußerst wichtig. Es wird Stellung genommen zum Oster-Jugendtag in der Lausitz, sowie auch zur Schenkungsfrage.

**Achtung, Jugendgenossen Groß-Berlin!**  
Am Sonntag, den 18. März, findet die Kranzniederlegung an den Gräbern der Opfer des Kapp-Putsches in Adlershof und Cöpenick statt.  
Die Kommunistische Arbeiter-Jugend Groß-Berlin beteiligt sich an der Kranzniederlegung. Es treffen sich alle Jugendgenossen und Jugendgenossinnen am genannten Tage um 9 Uhr vormittags am Bahnhof Adlershof.

9. Jahrg. Nr. 22

# Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Berlin, 18. März 1928  
Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 620 42.  
Bezahlungsstelle: 1. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenstr. 13.  
Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifenband durch die Post monatlich 1,50 Mark, zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal. Inserate werden nicht angenommen.

## Die „Verschwörung“ in Donezbecken

Was die bolschewistischen Blätter jetzt in fetten Lettern über die „konterrevolutionäre Verschwörung“ im russischen Ruhrrevier berichten, ist durchaus nicht so sensationell, wie es in dieser Aufmachung scheint. Denn es handelt sich hier um Vorgänge, die in ihrer Art auch schon in den vergangenen sechs Jahren beobachtet werden konnten, ohne daß die bolschewistische Presse darin Anlaß zu einer alarmierenden Kampagne wie der jetzigen erblickte.

Vorausgesetzt, daß entsprechend den recht dürftigen Mitteilungen der Bolschewistenregierung die verhafteten AEG-Ingenieure in Donezbecken wirklich planmäßige Wirtschaftsabsatze getrieben haben, würde diese Tatsache nur im engsten Zusammenhang mit der russischen Wirtschaftspolitik selbst stehen. Denn seitdem auf Grund der NEP, ausländische Kapitalisten zur Mitarbeit am „sozialistischen Aufbau“ berufen wurden, ist es nur platte Selbstverständlichkeit, daß diese Kapitalgruppen auch alle Hebel in Bewegung setzten, um ihre russische Macht-sphäre zu erweitern. Das heißt: Die im „sozialistischen“ Rußland zugelassenen Privatkapitalisten kämpfen natürlich um die größtmögliche Erweiterung der ihnen gemachten staatlichen Konzessionen, weil ihr Interesse am „sozialistischen“ Aufbau eben auch nur ein Profitinteresse ist. Welchen Illusionen sich die russischen und übrigen europäischen Proletariat betriebs für Entwicklung der Neuwirtschaft hingeben, ist den Konzessionsbesitzern ziemlich gleichgültig. Die Hauptsache für die kapitalistischen Kreditgeber der „Sowjetregierung“ ist und bleibt, daß ihre in Rußland angelegten Kapitalen so gewinnbringend wie nur möglich sind und daß sie die ihnen gewährte Ausbeutung der russischen Arbeitermassen möglichst schrankenlos betreiben können.

... Um dieses Ziel der Erweiterung ihrer Konzessionen zu erreichen, wenden die am „sozialistischen“ Aufbau Rußlands beteiligten Privatkapitalisten natürlich jedes Mittel an, das den notwendigen Druck auf die Moskauer Regierung ausübt. Und sie greifen selbst zur Waffe der wirtschaftlichen Sabotage, wenn ihr doch nur um Profite gehender Interessenkampf diese scharfe Maßnahme erfordert. Denn auch die „Sowjetregierung“ kann von ihr legalisierten Ausbeutungskonzernen nicht verbieten, eine Waffe, die diese im Konkurrenzkampf unter sich selbst benutzen, im Lande des „sozialistischen“ Aufbaues ebenfalls zu gebrauchen. Das ist ja gerade das zwangsläufige Resultat der bolschewistischen Konzessionspolitik, daß mit der Sanktionierung bürgerlicher Produktionspraxis auch alle typischen Kampfmethoden der kapitalistischen Wirtschaftspolitik sich wieder entwickeln müssen. Die Regierungsbolschewisten mögen gewiß diese anarchischen Begleiterscheinungen ihrer Konzessionspolitik niemals gewollt haben, — sie können aber diese Auswüchse der privatkapitalistischen Mitarbeit am russischen Wiederaufbau nicht beseitigen, ohne selbst die Grundlage der Neuwirtschaft zu erschüttern. Sie müssen trotz der Verurteilung etlicher „Verschwörer“ gegen den sozialistischen Aufbau“ ohnmächtig zusehen, wie ihre privatkapitalistischen Gläubiger rücksichtslos um Erweiterung der Konzessionen kämpfen.

Daß nun die Moskauer Regierung und ihre leninistischen Sektionsfreigeiten die den verhafteten Ingenieuren des Donezbeckens vorgeworfene Wirtschaftsabsatze so groß aufbauschen, hat innerpolitische Gründe und dient einem ganz bestimmten Zweck. Die bolschewistische Regierungspartei Rußlands ist natürlich trotz ihrer bürgerlich orientierten Wirtschaftspolitik keine bürgerliche Partei im landläufigen Sinne, sondern eine proletarische. D. h. die KPR. steht sozusagen über den Klassen, ohne sich aber den ökonomischen Gesetzen der Neuwirtschaft entziehen zu können. Die proletarischen Elemente der KPR. sehen gewiß die große Gefahr der Erstarkung der kapitalistischen Kräfte; sie können diese Entwicklung aber nicht aufhalten, weil dies den offenen Machtkampf gegen die neue Bourgeoisie bedeuten würde. Die regierungs-bolschewistische Führer haben deshalb planmäßig versucht, auf dem Wege des Staatskapitalismus der Macht

## Die Entwicklung der russischen Wirtschaft

Anläßlich der deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen übermittelte die russische Regierung den führenden deutschen Handelsblättern ausführliches statistisches Material über den Entwicklungsverlauf der russischen Wirtschaft seit Beginn der Reorganisation. Sie machte gleichzeitig auch die interessierten Kreise mit ihren zukünftigen Plänen bekannt. Die „Frankfurter Zeitung“ veröffentlicht in diesem Zusammenhang eine Artikelserie ihres angelegentlichen Korrespondenten Fritz Deck mit Zahlen und Entwürfsmaterial der Moskauer statistischen Büros. Seine Angaben beruhen im wesentlichen auf den sog. „Materialien zum fünfjährigen Plan für die Entwicklung der Industrie der Sowjet-Union (1927-28 bis 1931-32).“

Der fünfjährige Plan zeigt in ganz charakteristischer Weise die Basis der russischen Wirtschaft auf. Er hat sich als Muster die Entwicklung des westeuropäischen Kapitalismus genommen. Sein Erfolg kann auch nur danach und auf dieser Grundlage nachgespürt werden. Als „sozialistischer Aufbau“ spukte sie wohl lediglich in den Köpfen irreführender Proletariat. Die rationalisierte Großindustrie als entscheidender Wirtschaftsfaktor ist das Ziel des Programms. Sie wird eine Rückstufung auf die Entwicklungsstufe des Binnenmarktes einfach der Wirtschaft als Spitzenform aufgedrückt. Die Wechselwirkung zwischen der Entwicklung von Landwirtschaft und Industrie gerade bei einer fast selbstgenügsamen Organisation der Wirtschaft wird in keiner Richtung beachtet. Der Glaube an die Allmacht der Technik beherrscht den ganzen Plan.

### Rykov über die Dorkrise

Die sich immer schärfer zuspitzenden Verhältnisse auf dem russischen Dorfe hat Rykov grell beleuchtet in einer Rede vor dem Moskauer Sowjet am 9. März. Auch hier sind starke kapitalistische Kräfte am Werke, um den Getreidebeschaffungsplan der Regierung zu durchkreuzen. Rykov sagte bei „Prawda“ vom 11. März:

Dorferleuten (Kulaken), die vor allem wegen ihres Versuchs, die Getreidepreise zu erhöhen, geizt haben, werden möglicherweise zur Einschränkung der Saatfläche gezwungen sein. Mir ist aus einigen Gebieten bekannt geworden, daß der Kulak auf Land, das er früher gepachtet und bearbeitet hat, verzichtet und seine Saatfläche verkleinert.“